

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 53**

**ENZYKLOPÄDIE
DEUTSCHER
GESCHICHTE
BAND 53**

**HERAUSGEGEBEN VON
LOTHAR GALL**

**IN VERBINDUNG MIT
PETER BLICKLE
ELISABETH FEHRENBACH
JOHANNES FRIED
KLAUS HILDEBRAND
KARL HEINRICH KAUFHOLD
HORST MÖLLER
OTTO GERHARD OEXLE
KLAUS TENFELDE**

**DIE
AUSSENPOLITIK
DER
WEIMARER
REPUBLIK**

**VON
GOTTFRIED NIEDHART**

3., aktualisierte und um
einen Nachtrag erweiterte Auflage

**OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2013**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel.: 089 / 450 51-0
Internet: www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagentwurf: Dieter Vollendorf
Titelbild: Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. 10.9.1926: die Außenminister (v. l. n. r.) Deutschlands (Gustav Stresemann), Englands (Austen Chamberlain), Frankreichs (Aristide Briand) und Staatssekretär v. Schubert in Genf; ullsteinbild

Satz: paper-back GmbH, Münsing
Druck und Bindung: Grafik+Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-71600-9
eISBN 978-3-486-71704-4

Vorwort

Die „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ soll für die Benutzer – Fachhistoriker, Studenten, Geschichtslehrer, Vertreter benachbarter Disziplinen und interessierte Laien – ein Arbeitsinstrument sein, mit dessen Hilfe sie sich rasch und zuverlässig über den gegenwärtigen Stand unserer Kenntnisse und der Forschung in den verschiedenen Bereichen der deutschen Geschichte informieren können.

Geschichte wird dabei in einem umfassenden Sinne verstanden: Der Geschichte in der Gesellschaft, der Wirtschaft, des Staates in seinen inneren und äußeren Verhältnissen wird ebenso ein großes Gewicht beigemessen wie der Geschichte der Religion und der Kirche, der Kultur, der Lebenswelten und der Mentalitäten.

Dieses umfassende Verständnis von Geschichte muß immer wieder Prozesse und Tendenzen einbeziehen, die säkularer Natur sind, nationale und einzelstaatliche Grenzen übergreifen. Ihm entspricht eine eher pragmatische Bestimmung des Begriffs „deutsche Geschichte“. Sie orientiert sich sehr bewußt an der jeweiligen zeitgenössischen Auffassung und Definition des Begriffs und sucht ihn von daher zugleich von programmatischen Rückprojektionen zu entlasten, die seine Verwendung in den letzten anderthalb Jahrhunderten immer wieder begleiteten. Was damit an Unschärfen und Problemen, vor allem hinsichtlich des diachronen Vergleichs, verbunden ist, steht in keinem Verhältnis zu den Schwierigkeiten, die sich bei dem Versuch einer zeitübergreifenden Festlegung ergäben, die stets nur mehr oder weniger willkürlicher Art sein könnte. Das heißt freilich nicht, daß der Begriff „deutsche Geschichte“ unreflektiert gebraucht werden kann. Eine der Aufgaben der einzelnen Bände ist es vielmehr, den Bereich der Darstellung auch geographisch jeweils genau zu bestimmen.

Das Gesamtwerk wird am Ende rund hundert Bände umfassen. Sie folgen alle einem gleichen Gliederungsschema und sind mit Blick auf die Konzeption der Reihe und die Bedürfnisse des Benutzers in ihrem Umfang jeweils streng begrenzt. Das zwingt vor allem im darstellenden Teil der den heutigen Stand unserer Kenntnisse auf knappstem Raum zusammenfaßt – ihm schließen sich die Darlegung und Erörterung der Forschungssituation und eine entsprechend gegliederte Auswahlbibliographie an –, zu starker Konzentration und zur Beschränkung auf die zentralen Vorgänge und Entwicklungen. Besonde-

res Gewicht ist daneben, unter Betonung des systematischen Zusammenhangs, auf die Abstimmung der einzelnen Bände untereinander, in sachlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf die übergreifenden Fragestellungen, gelegt worden. Aus dem Gesamtwerk lassen sich so auch immer einzelne, den jeweiligen Benutzer besonders interessierende Serien zusammenstellen. Ungeachtet dessen aber bildet jeder Band eine in sich abgeschlossene Einheit – unter der persönlichen Verantwortung des Autors und in völliger Eigenständigkeit gegenüber den benachbarten und verwandten Bänden, auch was den Zeitpunkt des Erscheinens angeht.

Lothar Gall

Inhalt

Vorwort des Verfassers	IX
<i>I. Enzyklopädischer Überblick</i>	1
A. Nachkriegspolitik im Versailler System	1
1. Kriegsende und Friedensschluß 1918–1919	1
2. Vom Versailler Vertrag 1919 bis zur Ruhr-Krise 1923	11
B. Wandel des Versailler Systems und Rückkehr Deutschlands in die internationale Politik	17
1. Verträglichkeit von deutscher Großmacht und internationaler Ordnung; Stresemanns Entspannungspolitik 1923–1925	17
2. Revisionspolitische Stagnation und Grenzen der Entspannung 1926–1927	24
C. Schritte zur Auflösung des Versailler Systems	29
1. Zwischen entspannungspolitischer Kontinuität und der Forderung nach „Liquidation des Krieges“ 1928–1930.	29
2. Forcierung der Revisionspolitik und Re-Nationalisierung der Außenpolitik 1930–1932.	34
<i>II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung</i>	41
A. Die Weimarer Außenpolitik als Gegenstand der Forschung	41
1. Anfänge der Forschung und Gesamtdarstellungen	41
2. Zur Quellenlage	44
B. Republikanische Außenpolitik im Kontext deutscher Großmachtpolitik	46
1. Elemente von Kontinuität und Diskontinuität	46
2. Die ökonomische Variante deutscher Machtpolitik	63

C.	Deutschland im internationalen System	70
1.	Der Versailler Vertrag und seine Revision	70
2.	Internationale Ordnung und bilaterale Beziehungen	80
D.	Tendenzen der Forschung seit 1999.	92
III.	<i>Quellen und Literatur</i>	113
A.	Quellen	113
1.	Akteneditionen	113
2.	Dokumentationen	114
3.	Persönliche Quellen	114
B.	Literatur	115
1.	Hilfsmittel	115
2.	Deutsche und internationale Politik: Überblicke und Strukturanalysen	116
3.	Deutsche und internationale Politik: Untersuchungen zu einzelnen Phasen	122
3.1	1918/19–1923	122
3.2	1923/24–1928	125
3.3	1928/29–1932	127
4.	Bilaterale Beziehungen und Außenpolitik einzelner Staaten	130
4.1	USA	130
4.2	Frankreich	131
4.3	Großbritannien	134
4.4	Sowjetunion	136
4.5	Andere Länder	138
	<i>Zeittafel</i>	143
	<i>Abkürzungen</i>	151
	<i>Register</i>	153
	<i>Themen und Autoren</i>	161

Vorwort des Verfassers

Der Begriff Weimarer Republik weckt unterschiedliche Vorstellungen. Zum einen meint man den Abschnitt deutscher Geschichte zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Zum anderen wird der Teil der deutschen Gesellschaft und Politik in den Blick genommen, der die parlamentarische Republik tatsächlich gewollt und getragen hat. Spricht man vom Scheitern der Weimarer Republik, hat man letztere Bedeutung vor Augen. Denn die Gegner der Republik, so unterschiedlich ihre Vorstellungen im einzelnen auch gewesen sind, gewannen schon vor 1933 die Oberhand. Auf unser engeres Thema bezogen, ist ebenfalls festzustellen, daß die Neuansätze einer spezifisch republikanischen Außenpolitik nicht erst 1933 verschüttet wurden.

Wer sich mit deutscher Außenpolitik zwischen 1918 und 1933 befaßt, stößt fortwährend auf die Wiederaufnahme von Debatten über Richtungsentscheidungen, wie sie in dem Band dieser Reihe dargestellt werden, der die deutsche Außenpolitik zwischen 1871 und 1918 behandelt. Die republikanischen Kräfte, die nach dem Ersten Weltkrieg für eine Politik der Entspannung eintraten und die Wahrung nationaler Interessen mit internationaler Friedenssicherung zu verbinden suchten, knüpften an Positionen an, die im Kaiserreich von einer nicht zum Zuge gekommenen Minderheit vertreten worden waren. Wie in der Innenpolitik kam es seit 1919 auch in der Außenpolitik darauf an, ob es gelingen würde, die vom Wilhelminismus geprägten Teile der Gesellschaft auf den Boden der Republik zu ziehen.

Damit ist die zentrale Problematik genannt, die die beiden Abschnitte dieses Bandes durchzieht. Darüber hinaus kam es mir darauf an, Außenpolitik sowohl in ihrer Eigenständigkeit als auch in ihren diversen Bezügen und Verflechtungen aufzuzeigen. Daß Außenpolitik als Gegenstand der Forschung mehr Aufmerksamkeit verdient, als ihr im Deutschland der Nachkriegsjahrzehnte lange zugekommen ist, sollte ebenso deutlich werden wie die Notwendigkeit, Außenpolitik im Kontext sowohl innenpolitisch-gesellschaftlicher Formationen als auch internationaler und transnationaler Beziehungen zu begreifen.

Synthesen auf knappem Raum stellen für jeden Autor eine ambivalente Herausforderung dar. Einerseits bietet sich die Chance, Linien herauszuarbeiten und Schwerpunkte zu setzen, mit denen das oft atomisierte Detailwissen

gebündelt werden kann. Andererseits zieht jede Perspektive, die vorrangig vertreten wird, den Verzicht auf eine andere nach sich. Daraus erwächst bei der Niederschrift oft genug das Gefühl einer Last. Sie wurde dadurch ein wenig leichter, daß sich Jost Dülffer und Wolfgang Michalka der Mühe unterzogen haben, eine erste Fassung des Manuskripts kritisch zu kommentieren. Höchst wertvoll war mir danach die Beratung, die ich seitens der Herausgeber und des Verlags erfahren habe. Herr Professor Dr. Lothar Gall hat einige Vorschläge zur Verbesserung gemacht. Vor allem aber bin ich Klaus Hildebrand zu Dank verbunden, der als Betreuer dieses Bandes seine Sachkenntnis in umfassender Weise eingebracht hat. Profitieren ließ mich schließlich der unbestechliche Lektoratsblick von Herrn Dr. A. Dieckmann. Endlich gilt mein Dank einigen Helfern vor Ort. Jörn J. Röber und Jürgen Zieher haben mich bei der Erstellung von Bibliographie und Zeittafel unterstützt, und Frau Friedhild Seeliger hat als Bibliothekarin in bewährter Weise für die Ermittlung und Beschaffung neuester Literatur gesorgt.

Mannheim, im Dezember 1998

Gottfried Niedhart

Vorwort zur 3. Auflage

Angesichts des positiven Echos, das die erste 1999 erschienene Auflage in Fachzeitschriften und Publizistik hervorgerufen hat, konnte der Text des Enzyklopädischen Überblicks – abgesehen von kleineren Korrekturen – in den folgenden Auflagen unverändert bleiben. Ergänzungsbedürftig dagegen war schon in der zweiten Auflage der Teil, der den Grundproblemen und Tendenzen der Forschung gewidmet ist. Er ist für die nun vorliegende Neuauflage noch einmal aktualisiert worden (S. 92ff.).

Mein Dank gebührt Carmen Beck, die bei der bibliographischen Recherche mitgearbeitet hat.

Mannheim, im März 2012

Gottfried Niedhart

I. Enzyklopädischer Überblick

A. Nachkriegspolitik im Versailler System

1. Kriegsende und Friedensschluß 1918–1919

Die deutsche Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg stand zunächst ganz im Zeichen der Kriegsniederlage. Bevor daran gedacht werden konnte, Politik im Sinne von Initiativen und Handlungsoptionen betreiben zu können, mußte die Regierung in Berlin unter der Vorgabe der Waffenstillstandsbedingungen darauf warten, zu welchen Ergebnissen die seit Januar 1919 in Paris tagende Friedenskonferenz kommen würde, von der die Verlierer des Krieges ausgeschlossen waren. An die Stelle des politischen Handelns traten das Nachdenken über die internationale Lage und konzeptionelle Entwürfe, mit denen man auf die kommende Entwicklung hoffte angemessen reagieren zu können.

Bedeutung der
Kriegsniederlage

Dabei standen zwei Fragen im Mittelpunkt. Zum einen: was war von der deutschen Großmacht, die 1914 in den Krieg eingetreten war und ihn verloren hatte, noch übrig geblieben? Wie sah das verbliebene Potential aus, das als Grundlage für eine Rückkehr Deutschlands in die europäische und darüber hinaus vielleicht in die Weltpolitik dienen konnte? Die zweite Frage zielte auf die internationalen Rahmenbedingungen, mit denen sich die künftige deutsche Außenpolitik konfrontiert sehen würde. Wenn es noch ein verbliebenes Machtpotential gab, welcher Handlungsspielraum konnte dann im internationalen Nachkriegssystem ausgemacht werden? Wo lagen Anknüpfungspunkte, die einen neuen Start deutscher Außenpolitik realisierbar erscheinen ließen?

Verbliebenes
Machtpotential

Internationale
Rahmen-
bedingungen

Beide Fragen waren eng miteinander verknüpft. Die Art ihrer Beantwortung ließ Grundpositionen und Denkschulen deutscher Politik erkennen, die in den zwanziger Jahren um den außenpolitischen Kurs der Weimarer Republik gerungen haben. Als gemeinsamer Ausgangspunkt diente die Annahme, daß der noch junge deutsche Nationalstaat auch weiterhin eine maßgebliche Rolle in der internationalen Politik spielen könne und auch müsse. Ungeachtet der territorialen Verluste und der finanziellen und wirtschaftlichen Lasten, die die Kriegsniederlage mit sich brachte, war das Deutsche Reich, wie es weiterhin heißen sollte, aufgrund seiner Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft sowie seiner geographischen Lage auch nach dem verlorenen Krieg ein beachtlicher Machtfaktor. Während die deutsche Militärmacht rigo-

Bewahrung der Reichseinheit	ros beschnitten wurde, blieb nicht nur die Einheit des Reiches, sondern im Kern auch die deutsche Wirtschaftsmacht erhalten. Es lag ausdrücklich im Interesse einzelner Kriegsgegner, daß sie als integraler Bestandteil des weltwirtschaftlichen Verbunds nicht zerstört wurde.
Militärstaat	Ob und wie die Wirtschaft als Scharnier der internationalen Beziehungen nachhaltig genutzt werden sollte, war in Deutschland allerdings umstritten. Wer im Krieg auf einen Siegfrieden gesetzt hatte und die Niederlage auf den „Dolchstoß“ der Revolution in den Rücken des angeblich unbesiegten Heeres zurückführte, sah in wirtschaftlicher Effizienz und Stärke primär eine Bedingung für die Wiedererlangung militärischer Macht und daraus folgender außenpolitischer Handlungsfreiheit im Sinne autonomer Machtpolitik und nationalegoistischer Interessenwahrung. Wer dagegen einen Verständigungsfrieden befürwortet hatte und die Tatsache der militärischen Niederlage nicht verdrängte, vermochte einen Paradigmenwechsel vom Militärstaat zum
Handelsstaat	Handelsstaat zu vollziehen und knüpfte die Wiedererlangung von außenpolitischem Handlungsspielraum nicht an die Rückkehr zu älteren Formen von Machtpolitik, sondern an die Einbindung Deutschlands in weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Hand in Hand mit der parlamentarischen Demokratie, mit der sich Deutschland dem Westen gegenüber öffnete, war die Umorientierung der deutschen Außenpolitik auf multilaterale Verflechtungen geeignet, eine „republikanische Außenpolitik“ (PETER KRÜGER) zu konstituieren. Die Lebensfrage der Weimarer Republik lautete daher, ob sich nach der Kriegsniederlage und dem Staatsumsturz von 1918/19 eine republikanische Elite würde formen können und ob es ihr gelingen würde, eine westlich orientierte Zivilgesellschaft aufzubauen, deren außenpolitisches Konfliktverhalten durch Kooperation und Friedenswahrung bestimmt wäre.
Republikanische Außenpolitik	Unerlässlich für eine solche Politik war die Bereitschaft der über den Friedensschluß beratenden Kriegsgegner, an die Wandlungs- und Lernfähigkeit der deutschen Politik zu glauben und Deutschland auf der Grundlage eines liberalen Friedens das Tor zur internationalen Gesellschaft westlicher Prägung zu öffnen. Gefordert war also eine Leistung auf beiden Seiten. Das kollektive Interesse an der Rekonstruktion Europas hätte als Korrektiv gegenüber dem nationalen Interesse wirken müssen, wie es von einzelnen Großmächten definiert wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg, der „great seminal catastrophe“ des 20. Jahrhunderts (GEORGE F. KENNAN), handelte es sich hierbei um eine Aufgabe, die das Vorstellungsvermögen der meisten Zeitgenossen in den Siegermächten überstieg und die nur im Zuge eines längeren Friedensprozesses erfüllbar war. Der Zeitdruck, unter dem der Friedensschluß formuliert werden mußte, und der lange Atem, den jeder Prozeß der Befriedung erfordert, widersprachen einander zutiefst. Weder gab es in Deutschland einen Konsens über die Bewertung von Krieg und Niederlage
Liberaler Frieden	

oder über die künftige Rolle Deutschlands in der internationalen Politik, noch stimmten seine Kriegsgegner darin überein, wie eine dauerhafte Friedensordnung aussehen sollte. In ganz unterschiedlicher Weise mit dem Problem der Sicherheit vor Deutschland konfrontiert, vertraten Frankreich, Großbritannien und die USA voneinander abweichende Auffassungen über die Nachkriegsordnung und den Platz, den Deutschland darin einnehmen sollte. Während Frankreich in den Kategorien von absoluter Sicherheit dachte, die an die Etablierung Frankreichs als kontinentaleuropäische Führungsmacht und die, wie es im Oktober 1918 im französischen Außenministerium hieß, Zerstörung des „Werks Bismarcks“ [346: G. STEINMEYER, Grundlagen, 115] gekoppelt war, überwogen in Großbritannien und den USA, wo freilich die deutsche Militärmacht auch nicht annähernd so zerstörerisch wirken können, Friedensvorstellungen, die auf die Erhaltung der deutschen Großmacht und nicht auf ihre Isolierung, sondern ihre Einbindung in eine den Interessen der Handelsstaaten Großbritannien und USA entsprechende internationale Ordnung zielten.

Divergierende
Friedens-
vorstellungen

Die Elemente einer solchen Ordnung waren in Präsident Wilsons liberalem Modell der Friedenssicherung vorgestellt worden. Sein „Programm des Weltfriedens“, das er im Januar 1918 vor dem Kongreß in Washington in den bekannten ‚Vierzehn Punkten‘ zusammengefaßt hatte [18: UF 2, 374–376], sah die Abschaffung der Geheimdiplomatie und die Demokratisierung der Außenpolitik, eine liberale Weltwirtschaftsordnung und weitgehende Abrüstung vor. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sollte ergänzt werden durch die Schaffung einer „allgemeinen Gesellschaft der Nationen“, die eine institutionelle Vorkehrung zum schieflich-friedlichen Konfliktausgleich darstellen und allen Staaten „Unabhängigkeit und territoriale Integrität“ garantieren sollte. Aus deutscher Sicht erschien dieses Programm als der geeignetste Anknüpfungspunkt zur Beendigung des Krieges. Wilson hatte zwar erkennen lassen, daß die im Krieg „verwüsten Teile“ Frankreichs wiederherzustellen seien, daß Deutschland also Reparationen würde zahlen müssen. Sein liberales Programm bot aber Gewähr dafür, daß das „Werk Bismarcks“ Bestand haben konnte.

Vierzehn Punkte
Präsident Wilsons

Es erschien darum folgerichtig, daß das deutsche Ersuchen um Waffenstillstand Anfang Oktober 1918 an den amerikanischen Präsidenten gerichtet war und daß Friedrich Ebert als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten am 6. Februar 1919 anläßlich der Eröffnung der Nationalversammlung [18: UF 3, 247–252] den „Wilson-Frieden“ forderte: „Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben.“ Ebert übergab in seiner Anspruchshaltung allerdings etwas Entscheidendes. Er erwähnte nicht, daß das Kaiserreich sich die Vierzehn Punkte nicht zu eigen

Hoffnung auf
„Wilson-Frieden“

gemacht und stattdessen im Frühjahr 1918 Rußland zum Diktatfrieden von Brest-Litowsk gezwungen hatte; daß es danach zur Offensive im Westen übergegangen war und das Wilsons Vorstellungen fundamental zuwiderlaufende Ziel eines deutschen wirtschaftlichen Großraums in Europa verfolgt hatte. Erst in der Stunde der Niederlage hatte Deutschland aus allzu durchsichtigen Motiven sein Interesse an der Beendigung des Krieges auf der Basis der Vierzehn Punkte gezeigt. Eberts Protest gegen den „Ausbeutungsgedanken“ und gegen die „Rache- und Vergewaltigungspläne“ der Siegermächte, die er schon zu diesem Zeitpunkt „in das Friedenswerk hineingetragen“ sah, war innenpolitisch wohl nötig, entbehrte vor dem Hintergrund der tatsächlichen Politik der OHL jedoch der nötigen Überzeugungskraft, um Deutschland als Partner für einen liberalen Frieden geeignet erscheinen zu lassen.

Kriegsschuldfrage
Es kam hinzu, daß sich die Führung der SPD aus innenpolitisch verständlichen, international aber negativ zu Buche schlagenden Gründen scheute, in der Debatte um die Kriegsschuldfrage einen klaren Trennungsstrich gegenüber der Reichsregierung von 1914 ziehen. Aufgrund der nach der Revolution möglichen Akteneinsicht war man über die aktive Rolle Berlins bei der Eskalation der Juli-Krise 1914 durchaus informiert, entschied sich aber dafür, einer offenen Debatte über die Kriegsschuldfrage auszuweichen. Auf diese Weise glaubte man, von der Nation und von der Partei Schaden abwenden und das Odium der ‚waterlandslosen Gesellen‘ endlich ablegen zu können.

Dolchstoßlegende
Eindeutiger, aber auch nicht völlig frei von Widersprüchen, war die Haltung der SPD in der zweiten zentralen Frage, die nach dem Krieg die Geister schied, in der sogenannten Dolchstoßlegende. Der Mythos, „im Felde unbesiegt“ gewesen und dem „Dolchstoß“ aus der Heimat erlegen zu sein, war eine der beliebtesten Selbsttäuschungen derer, die den Krieg des wilhelminischen Deutschland vorbereitet, befürwortet und geführt hatten. An exponierter Stelle gehörten dazu die populären Heerführer Paul von Hindenburg und August von Mackensen. Letzterer brachte schon im Januar 1919 seine realitätsferne Phantasie zum Ausdruck, die weit verbreitet war und zugleich die innenpolitische Frontenbildung in Deutschland erkennen ließ: „Nicht die Truppen der Entente haben uns besiegt, sondern Deutschlands ärgster Feind, das eigene Volk in seiner Eigenart, hat den Zusammenbruch herbeigeführt. Und jetzt wütet dieses Volk in den großen Städten weiter gegen deutsches Fleisch und Blut ... und zieht alles Erhabene und Hervorragende in den schmutzigen Brei der Masse. Der preußische Militarismus erzog, die sozialdemokratische ‚Freiheit‘ verdirbt das Volk“ [Th. SCHWARZMÜLLER, Zwischen Kaiser und „Führer“. Generalfeldmarschall August von Mackensen, Paderborn 1995, 172f.]. Im November desselben Jahres gab dann Hindenburg dieser Sichtweise einen scheinbar autoritativen Anstrich, als er vor dem von der Nationalversammlung eingesetzten Untersuchungsausschuß zur Klärung der

Kriegsschuldfrage und der Ursachen der Niederlage vom Versagen der „Heimat“ und von der „planmäßigen Zersetzung von Heer und Flotte“ durch die Opposition sprach: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden“ [18: UF 4, 7f.]. Solcher Flucht aus der Realität leistete Ebert bei der Eröffnung der Nationalversammlung ausdrücklich keinen Vorschub. „Wir haben den Krieg verloren,“ erklärte er unzweideutig und setzte unter Zustimmung von links und gegen „lebhaften Widerspruch“ von rechts hinzu: „Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution.“ Zwei Monate zuvor aber hatte er den heimgekehrten Truppen noch den Willkommensgruß entboten: „Kein Feind hat Euch überwunden!“ Dieser Satz, der keinesfalls im Sinne der Dolchstoßlegende gemeint war, aber sehr wohl dem Bedürfnis nach Anerkennung der militärischen Leistungen entgegenkam und damit auch die Art der Kriegführung der OHL nicht in Frage stellte, dürfte einen größeren Nachhall gehabt haben als der Folgesatz, der den militärischen Zusammenbruch so schonend wie möglich umschrieb: „Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben“ [27: F. Ebert, Schriften 2, 127].

Galt die Sozialdemokratie in Deutschland vielfach als internationalistisch gesinnt und als schlechte Anwältin für nationale Belange, so fragte man sich im Ausland, ob der Staatsumsturz in Deutschland mit der SPD als wichtigster politischer Kraft schon Gewähr genug dafür war, daß ein in seinem Großmachtstatus unbeschnittener deutscher Nationalstaat und die künftige europäische Friedensordnung miteinander verträglich sein würden. Im Westen wurden die Kräfte des Umsturzes vom November 1918 und die seit Februar regierende Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP in erster Linie als deutsche Regierung eingestuft und nicht als Regierung derjenigen, die die Friedensresolution von 1917 getragen hatten. Freilich hatten auch die Sozialdemokraten, die 1917 zur Stockholmer Konferenz der Sozialistischen Internationale gereist waren, nicht daran gedacht, „die Schuldfrage aufrollen oder sich gar als Angeklagte behandeln zu lassen“, wie Gustav Mayer als Konferenzbeobachter in seinem Tagebuch festhielt. Belgien wurde von Philipp Scheidemann wie selbstverständlich zur deutschen Interessensphäre gerechnet. Er wollte für die Nachkriegszeit verhindert wissen, daß es „künftig auf die Seite der Gegner trete“ [123: G. NIEDHART, Kriegsende, 181]. Es konnte kaum überraschen, daß sich auch auf der Ebene der Sozialistischen Internationale oder im Bereich der bürgerlichen Friedensbewegung nach dem Waffenstillstand im November 1918 zunächst kein Dialog entwickelte, der über die Gräben hinweg friedensstiftend hätte wirken können.

Die Auseinandersetzung mit Krieg und Niederlage und die Einschätzung des internationalen Umfelds waren in Deutschland nach Kriegsende dadurch geprägt, daß die innenpolitischen Frontbildungen auf das außenpolitische

Denken durchschlugen. Dadurch sahen sich die Träger des Staatsumsturzes in erheblichem Maß mit der Tradition deutscher Großmachtspolitik konfrontiert. Außenpolitisch kaum geschult und wenig erfahren und im Fall der SPD von innen- und gesellschaftspolitischen Themen bestimmt, orientierte sich die neue politische Führung in Deutschland zwar nicht wie ihre innenpolitischen Gegner auf der politischen Rechten an wilhelminischer Überheblichkeit, verfehlte aber doch die volle Realität der Niederlage und die daraus folgenden Konsequenzen. Der neue Außenminister, der Karrierediplomat Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, hatte ein richtiges Gespür, als er im Januar 1919 voraussah, „daß der Friede in der Hauptsache leider uns diktiert werden wird“ und daß es zu „Verhandlungen im eigentlichen Sinne“ nicht kommen werde. Zugleich aber meinte er, einen „Rechtsfrieden“ beanspruchen zu können: „Der Frieden, den wir schließen, muß ein Rechtsfrieden sein und darf kein Gewaltfrieden werden.“ Die „Gegner“ müßten „von unserem Recht“ überzeugt werden. Damit war gemeint, was für Frankreich zu diesem Zeitpunkt unter keinen Umständen in Frage kam: die Erhaltung des deutschen Großmachtpotentials mit dem Ziel der Wiederherstellung der deutschen Großmacht. „Wir sind geschlagen, aber wir sind nicht vernichtet. Wir sind auf Jahre hinaus geschwächt, aber imstande, uns wieder aufzurichten“ [1: ADAP A1, 185].

Befürchteter
Diktatfrieden

Der Außenminister leugnete also keineswegs die Niederlage und die momentane Schwächung. Sie dürfe durch den Friedensvertrag aber nicht noch verstärkt oder festgeschrieben werden. Im Kern handelte es sich darum, ob das wirtschaftliche Potential Deutschlands durch den Friedensvertrag in seiner Entfaltung behindert werden würde oder die ökonomische Variante deutscher Machtpolitik über die militärische Niederlage hinweg gerettet werden könnte. Darüber hinaus eröffnete eine stärkere Betonung der Wirtschaft Möglichkeiten zur Rückkehr des isolierten Deutschlands in die internationale Politik. In diese Richtung wies auch die sog. Schülersche Reform, deren schon im Krieg entwickeltes Konzept darauf gerichtet war, die Organisation und die Personalstruktur des Auswärtigen Amtes zu modernisieren und insbesondere den Erfordernissen der Wirtschaftswelt anzupassen. Die bis dahin im Auswärtigen Amt dominierende vormoderne Welt der Aristokratie sollte sich, ohne völlig zu verschwinden, der bürgerlichen Welt öffnen. Wichtiger als die aristokratische war die bürgerliche Internationale geworden.

Reformansätze im
Auswärtigen Amt

Der Demokratisierung und der Zivilkultur im Innern entsprach die Bereitschaft, Außenpolitik nicht nur vom Interessenstandpunkt des souveränen Nationalstaats her zu denken, sondern auch von der arbeitsteiligen Struktur der industriellen Moderne mit all ihren internationalen Verflechtungen. Innenpolitisch von Vorteil war dabei, daß sich bürgerliche Kräfte und die Sozialdemokratie ohne Mühe auf diese Linie verständigen konnten. Sie sollte sich auch personell niederschlagen. Brockdorff-Rantzau hielt es für ein

„Gebot der Stunde“, auch im diplomatischen Corps „den Wechsel im Innern des Reichs erkennbar zum Ausdruck zu bringen“ [2: AR Kabinett Scheidemann, 127]. Dies wurde allerdings angesichts der fast vollständigen personellen Kontinuität im Auswärtigen Dienst nicht in die Tat umgesetzt. Dagegen waren in der deutschen Delegation, die in der Hoffnung, doch noch direkte Verhandlungen mit den Siegermächten aufnehmen zu können, zur Entgegennahme des Friedensvertragsentwurfs nach Paris reiste, Repräsentanten aus der exportorientierten Wirtschaft und Finanzwelt reichlich vertreten. Allerdings hatte dies keinerlei Einfluß auf die Überlegungen der Alliierten. Ob sie in der Generallinie übereinstimmen, derzufolge Deutschland militärisch entscheidend geschwächt und zu Reparationszahlungen verpflichtet werden sollte, oder in der Frage, wie nachhaltig auch die wirtschaftliche Großmachtstellung Deutschlands reduziert werden sollte, voneinander abwichen, hing nicht damit zusammen, wie sich die deutsche Politik präsentierte, sondern damit, wie die Siegermächte ihre nationalen Interessenlagen bestimmten. Das amerikanische und britische Interesse an einer raschen Wiederherstellung des Weltmarkts war mit der Vorstellung verbunden, Deutschland müsse aufgrund seiner Bedeutung für ein funktionierendes Weltwirtschaftssystem als Produzent und Markt erhalten werden. Deshalb wollte der britische Premierminister David Lloyd George, wie er im März 1919 für die Beratungen der Pariser Friedenskonferenz formulierte, „alles nur irgend Mögliche tun, dem deutschen Volk wieder auf die Beine zu helfen“. Ganz pragmatisch fügte er hinzu, man könne nicht gleichzeitig Deutschland „verkrüppeln“ und erwarten, es werde Reparationen zahlen [122: G. NIEDHART, Internationale Beziehungen, 37]. Was für Großbritannien und die USA funktional geboten und wirtschaftlich rational erschien, war aus französischer Sicht wenig attraktiv, weil es Deutschland als gleichberechtigte Wirtschaftsmacht behandelte. Ein gleichberechtigtes Deutschland aber war mittelfristig wieder ein überlegenes Deutschland, möglicherweise auch mit militärischen Auswirkungen. Frankreich konnte zwar seine Maximalvorstellungen im Friedensschluß nicht durchsetzen, wußte sich aber schon deswegen Gehör zu verschaffen, weil ein Frieden gegen Frankreich überhaupt nicht zustande kommen konnte.

Kontinuität im
Auswärtigen Dienst

Nationale
Interessen der
Siegermächte

Britische
Deutschlandpolitik

Französische
Deutschlandpolitik

Politik und Öffentlichkeit in Deutschland weigerten sich, diese internationale Konstellation als Realität zu akzeptieren. In scharfer Form verwehrte sich Brockdorff-Rantzau bei der Übergabe des Friedensvertragsentwurfs am 7. Mai 1919 gegen die Bestrafung Deutschlands, auf die der Vertrag hinauslaufe, und beanspruchte die „Solidarität der Völker“, also den Wilson-Frieden [22: U. GRAF V. BROCKDORFF-RANTZAU, Dokumente, 73]. Am nächsten Tag befaßte sich das Kabinett in Berlin mit dem Vertragsentwurf und hielt ihn „nicht nur psychisch, sondern auch wirtschaftlich“ für „unerträglich“. „Infolge der territorialen und wirtschaftlichen Knebelung“ seien die „auferlegten wirt-

Brockdorff-
Rantzaus Appell

Scheidemanns
Ablehnung des
Friedensvertrags

schaftlichen Verpflichtungen vollständig unerfüllbar“ [2: AR, Kabinett Scheidemann, 303]. Als „Mordplan“ bezeichnete den Vertragsentwurf Ministerpräsident Scheidemann am 12. Mai vor der Nationalversammlung. Gerade das Tätigkeitsfeld, das die neue Regierung in ihren Außenbeziehungen vorrangig bestellen wollte, der „Handel mit dem Ausland“, erschien stark eingeschränkt. Damit war nicht nur ein Neuansatz in der Außenpolitik blockiert, sondern auch „die einstige Quelle unseres Wohlstands“. Aber statt das im Moment außenpolitisch Machbare realistisch und zurückhaltend abzuwägen, heizte Scheidemann die Emotionen an: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt“ [18: UF 3, 351f.].

Zwar unterschied sich Scheidemann von der nationalen Rechten, weil er einen „harten Frieden“ [ebd. 353] für durchaus hinnehmbar hielt. Aber er schlug gleichwohl einen Ton an, der die Einsicht in die Konsequenzen von Krieg und Kriegsniederlage erschwerte und stattdessen die Wurzel allen Übels im Friedensvertrag erblickte. Es war nur logisch, daß das in sich gesplante Kabinett Scheidemann wenige Tage nach der am 16. Juni 1919 in Form eines Ultimatums erfolgten Übergabe des definitiven Vertragstextes zurücktrat. Der neuen von SPD und Zentrum gebildeten Regierung gehörte die DDP nicht mehr an. Damit war die Schwäche der Weimarer Koalition infolge außenpolitischer Belastungen schon kurz nach ihrer Bildung offenkundig geworden.

Versailler Vertrag

Wenn es Brockdorff-Rantzau auch gelungen war, im Zuge eines Notenwechsels einige Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Vertragsentwurf zu erreichen, so berührten diese doch nicht die Substanz des Vertrags. Dessen umfangreicher Text [18: UF 3, 388ff.] zerfiel in 15 Teilabschnitte und 440 Artikel. Teil I enthielt die am 28. April 1919 verabschiedete Völkerbundssatzung. Sie war in den Vertrag integriert, obwohl Deutschland gleichzeitig die Mitgliedschaft im Völkerbund verwehrt wurde. Dadurch nahm der Völkerbund aus deutscher Sicht den Charakter einer Allianz der Siegermächte an und verfehlte seine ursprünglich erhoffte friedienstiftende Wirkung.

Völkerbunds-
satzung

Territoriale
Bestimmungen

Die zentralen Bestimmungen des Friedensvertrags betrafen territoriale, wirtschaftliche und militärische Fragen sowie den Komplex der Wiedergutmachung. Deutschland verlor 13% seiner Fläche und 10% seiner Bevölkerung, ferner sämtliche Kolonien. Andere Zahlen verdeutlichen, welche dramatischen Auswirkungen damit verbunden waren. Denn Deutschland büßte 75% seiner Eisenerz- und 26% seiner Steinkohleförderung ein, außerdem 68% seiner Zinkerze sowie 44% der Roheisen- und 38% der Stahlproduktion. Einschneidende Gebietsabtretungen erfolgten im Osten, wo u.a. der größte Teil Westpreußens, die Provinz Posen und Teile von Ostpreußen und Hinterpommern an Polen fielen. Danzig wurde ‚Freie Stadt‘ unter Völkerbundsverwaltung. In Ost-Oberschlesien wurde eine Volksabstimmung angesetzt, eine der wenigen